

Herr Walter, sind Sie für die Legalisierung?

Marc Walter leitet die Basler Studie «Weed Care», die eine Diskussionsgrundlage für die Cannabis-Legalisierung in der Schweiz bieten soll. Im Interview spricht er über die Nachteile eines freien Cannabis-Markts, die ersten Zwischenergebnisse und darüber, wie man Konsumierende vom Schwarzmarkt fernhalten kann.

Silvana Schreier

Herr Walter, rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung hat laut Bundesamt für Gesundheit schon mal Cannabis probiert. Warum braucht es diese Studie, wenn viele die Substanz schon kennen?

Marc Walter: Kennen, das hört sich erst mal gut an. Aber Cannabis ist illegal. Darum ist es eher erstaunlich, dass so viele Menschen die Substanz kennen.

Befürworten Sie die Legalisierung von Cannabis?

Das hängt davon ab, was bei der Studie herauskommt. Zudem ist wichtig, dass wir unterscheiden zwischen der Legalisierung und der Regulierung, die wir anstreben. Regulierung heisst, wir wollen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen schaffen, Cannabis legal anzubieten, und so wollen wir eine gewisse Sicherheit schaffen. Das würde ich begrüssen. Zudem vergleichen wir in unserer Studie in anonymisierter Form den Konsum auf dem Schwarzmarkt mit dem kontrollierten in den Apotheken. Das gibt es so nirgends auf der Welt.

In die Cannabis-Studie in Basel wird die Hoffnung gesetzt, dass sie eine Grundlage für die Debatte rund um die Regulierung bieten kann.

Unsere Hauptfragestellung ist, wie verändert sich der Konsum durch dieses Modell der Abgabe und wie verändert sich die psychische Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten. Kurz gesagt: Bleibt der Konsum stabil oder steigt er massiv an? Das wollen wir untersuchen. Wenn Abhängigkeit und Suchterkrankungen zunehmen, müsste man überlegen, ob die Regulierung hilfreich ist.

Die Studie läuft seit einem Jahr und befindet sich in der Halbzeit. Was zeigen die Zwischenergebnisse?

Sie geben uns Einblick in die subjektive Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten. Noch haben wir keine Erkenntnisse dazu, ob der Konsum insgesamt oder ob der problematische Konsum ansteigt. Dafür müssen wir abwarten, bis die Studie abgeschlossen ist. Aber wir können festhalten, die Studie ist machbar und der Verkauf in den Apotheken funktioniert. Es gab keine Zwischenfälle, keine Polizeiverzeigungen.

Was beobachten die Angestellten in den teilnehmenden Apotheken?

Wir bekommen zurückgemeldet, dass die Studienteilnehmenden sehr freundlich sind, dass es keine Schwierigkeiten gibt. Die Konsumierenden sagen, dass sie es schätzen, in den Apotheken die Möglichkeit für ein Gespräch zu haben.

Weshalb wurden Apotheken als Verkaufsort gewählt?

Die Frage ist berechtigt, warum Cannabis als Genussmittel nur in der Apotheke erhältlich sein soll. Aber die Studie zeigt, dass die Teilnehmenden die Beratung in der Apotheke schätzen. Solche Kurzinterventionen sind aus suchtmmedizinischer Perspektive entscheidend. So entsteht die Möglichkeit, dass man kurz über Suchtprobleme oder allgemein den Konsum sprechen kann. Die Mitarbeitenden der Apotheken wurden speziell geschult, oder sie kennen die Thematik durch die Opiatabgabe bereits. Sie wissen, wie sie mit Suchterkrankten umgehen müssen und können einschätzen, ob jemand intoxikiert ist oder es jemandem nicht gut geht. Dann leiten sie ein Beratungsgespräch ein. Zudem wirken Apotheken der Stigmatisierung des Cannabis-Konsums entgegen.

In den USA herrscht ein freier Markt beim Verkauf von Cannabis. Was sind die Risiken?

Die Möglichkeiten der Früherkennung und der Frühintervention fallen weg. Nur bei einer stärkeren Regulierung sieht man die Konsumierenden regelmässig. Je freier der Markt ist, umso

grösser die Gesundheitsrisiken. Doch auch: Je stärker die Regulierung, umso mehr Konsumierende weichen auf den Schwarzmarkt aus. Es braucht eine Balance.

Fast 50 Prozent der Teilnehmenden konsumieren laut den Zwischenergebnissen weiterhin illegales Cannabis.

Das verwundert uns nicht. Wenn man Cannabis reguliert, wird es immer auch einen Schwarzmarkt geben. Das kennen wir von anderen Substanzen. Selbst bei den Opiaten, trotz gut laufender Substitutionsprogramme. Aber man sollte darauf achten, dass der illegale Anteil nicht wächst. In Kanada ist es auch etwa die Hälfte der Konsumierenden, die zusätzlich illegales Cannabis kaufen. Die Leute müssen sich daran gewöhnen, nicht mehr zu ihrem Dealer zu gehen. Das etabliert sich mit der Zeit.

Wer sich Cannabis auf dem Schwarzmarkt beschafft, weiss nicht, was drin ist. Bei den Produkten der Studie sind hingegen Inhaltsstoffe und THC-Gehalt aufgeführt. Warum ist das wichtig?

Das erhöht die Konsumkompetenz. Sie müssen nicht einem Dealer vertrauen, sondern wissen, wie viel THC drin ist und können den Konsum so steuern. Sollte Cannabis reguliert werden, wird sich der Markt für die Produkte erweitern und es wird noch mehr Varianten geben – etwa beim THC-Gehalt. So kann jede Person selbst bestimmen, was und wie viel sie konsumieren will. Aber wenn die Konsumierenden mit den Produkten nicht zufrieden sind, schauen sie sich auf dem Schwarzmarkt um.

Was machen Sie dagegen?

Wir haben den Wunsch der Teilnehmenden gehört, die Produktpalette zu erweitern. Wir haben etwas unterschätzt, dass es noch andere Konsumformen gibt. So sind etwa Edibles, also das essbare Cannabis, sehr gefragt. Oder Tinkturen und Öle. Aber jetzt mitten in der Studie neue Produkte anzubieten, da haben wir uns dagegen entschieden. Das würde es erschweren, die Resultate auszuwerten. Dafür erhöhen wir bei den Blütenprodukten den THC-Gehalt, um dem

«Die Menschen konsumieren Cannabis, egal, ob es legal oder illegal ist.»

Marc Walter
Psychiater und Suchtmediziner



Mit der «Weed Care»-Studie will Marc Walter unter anderem die Frage beantworten: «Bleibt

Wunsch der Konsumierenden entgegenzukommen.

Kritikerinnen und Kritiker der Basler Studie sagen, es sei nicht die Aufgabe des Kantons, Rauschmittel auf Kosten der Steuerzahlenden zu fördern. Was entgegnen Sie dieser Kritik?

Die Menschen konsumieren Cannabis, egal, ob es legal oder illegal ist. Es ist wichtig, diese Realität als Tatsache zu akzeptieren. Dann können wir schauen, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, mit dem Fakt umzugehen. Wir könnten wie in Deutschland ein Gesetz verabschieden und dann erst schauen, wie es damit läuft. Ich finde es aber viel sinnvoller, Studien durchzuführen, die aufzeigen, was die Besonderheiten in der Schweiz sind. Der ideale Abgabeort, der gewünschte THC-Gehalt, die Produktpalette, der problematische Konsum, der Umgang mit Werbung: Das sind alles Dinge, die man dann aus den Studien herauslesen kann.

Zur Person

Marc Walter (52) leitet seit zwei Jahren die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Psychiatrischen Dienste Aargau in Windisch. Er studierte in Deutschland und den USA Medizin. Zuvor war er Chefarzt und stellvertretender Direktor der Klinik für Erwachsene der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) in Basel. Daneben amtiert er seit 2016 als Titularprofessor an der Universität Basel. Er ist Vater von zwei Kindern und wohnt in Riehen.

Walter leitet die Basler Cannabis-Studie «Weed Care». Diese konnte im Dezember 2022 starten und dauert vo-

Wird sich das neue Gesetz in Deutschland auf die Diskussion hier auswirken?

Es zeigt die Realität, dass der Trend sich fortsetzen wird, dass immer mehr Länder auf den Zug aufspringen werden und Cannabis legalisieren werden. Die Frage ist, inwieweit man sich als einzelnes Land davon abschotten kann. Ich denke, es ist klug, Studien durchzuführen, um Argumente und eine Basis dafür zu haben, wie man den Cannabis-Verkauf in der Schweiz regeln könnte.

Könnte nur eine kantonale Regulierung eingeführt werden?

Es kann sein, dass die kantonalen Projekte in Bern, Luzern, Zürich oder auch in Basel und Baselland nach dem Abschluss der Studie angepasst werden und weiterlaufen können. Dann wären es kantonale Regulierungen. Aber ich denke trotzdem, dass das Thema zu brisant und wichtig ist, weshalb eine Regulierung auf Bundesebene geschehen sollte.

raussichtlich bis März 2025. Er sagt: «Das Thema Cannabis ist sowohl Wissenschaft als auch Politik und diese Kombination finde ich sehr interessant.» Als Psychiater und Suchtmediziner müsse er die Motivation für den Cannabis-Konsum ernst nehmen. Besonders interessiert ist Walter am Aspekt der Selbstmedikation. «Zu Studienzeiten habe ich Cannabis auch selbst ausprobiert und meine Erfahrungen damit gemacht. Es hat einen entspannenden Effekt und gibt ein gutes Gefühl.» Die Substanz zu kriminalisieren, finde er deshalb schwierig. (sil)



der Konsum stabil oder steigt er massiv an?»

Bild: Kenneth Nars

Laut den Vereinten Nationen haben Versuche zu einem Anstieg des Konsums und zu Gesundheitsproblemen geführt. Wie sieht das in Basel aus?

Einzelne Studien zeigen, dass der Konsum ansteigt, andere zeigen das nicht. Gewisse Untersuchungen erkennen, dass der problematische Konsum zunimmt, andere wiederum nicht. In Basel wissen wir das noch nicht.

Woher kommt die Diskrepanz?

Je nach Staat, je nach Setting, nach untersuchten Variablen, nach Zeitpunkt sind die Ergebnisse unterschiedlich. Darum sind die Ergebnisse aus den kontrollierten Studien so wichtig, um eine fundierte Diskussion führen zu können.

Aber steigen die Risiken an?

Dazu kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht viel sagen. Grundsätzlich ist es zwar erwartbar, dass, wenn der Konsum ansteigt, auch der problematische Konsum zunimmt. Aber viele vergessen, die überwiegende Anzahl der Cannabis-Konsumierenden greift gelegentlich und ohne grosses Risiko dazu. Bei denen aber, die sehr viel konsumieren und schon abhängig sind, muss man sich fragen, ob nicht sowieso Schadensminderung angesagt ist. Könnten sie legal konsumieren, könnte man auch frühzeitig erkennen, dass sie ein Problem haben und sie eher Behandlungsangeboten zuführen. Denn auf dem Schwarzmarkt sieht das keiner. Wenn der Konsum also bei den Gelegenheitskonsumierenden nur moderat ansteigt, wäre das aus meiner Sicht nicht problematisch. Und für die schwer cannabisabhängigen Personen mit problematischem Konsum wäre die Schadensminderung gewährleistet.

Ab wann spricht man von problematischem Konsum?

Es gibt noch keine einheitliche Definition. In unserer Studie fragen wir den Konsum mit einem Fragebogen ab. Bei einer gewissen Punkteanzahl sprechen wir dann vom problematischen Konsum. Dafür gelten dieselben Suchtkriterien wie für Alkohol oder Nikotin: Man muss mehr konsumieren für denselben Effekt, man hat Entzugssymptome, man vernachlässigt andere Aktivitäten, man hat schädliche Folgen und konsumiert trotzdem weiter. Sind diese Kriterien erfüllt, ist Cannabis ein Problem.

Bei Alkohol gibt es Grenzwerte, wie viel zu viel ist. Erwachsene Männer sollen laut Bundesamt für Gesundheit nicht mehr als zwei bis drei Gläser pro Tag trinken.

Für Cannabis gibt es diese Grenze nicht. Darum ist die Frage: Gibt es einen risikoarmen Konsum von Cannabis? Ich hoffe, dass wir mit unseren Studien eine Antwort darauf formulieren können. Kommt die Regulierung, könnte die Be-

völkerung auch darüber informiert werden, ab wie viel Cannabis ein Gesundheitsrisiko besteht.

Gerade Alkohol wird von Befürwortenden der Cannabis-Legalisierung als Vergleich angebracht.

Der Vergleich ist sehr interessant. Alkohol ist eine Volksdroge und ein starker Wirtschaftszweig. Und wir wissen, dass Alkohol stärkere Schäden anrichten kann als Cannabis.

Müsste man dann bei Cannabis nicht weniger streng sein?

Bei Cannabis regulieren wir in die entgegengesetzte Richtung. Bei Alkohol nimmt die Regulierung zu, weil wir merken, die Schäden sind einfach zu gross. Ich finde es aber logischer und sinnvoller, wenn man zu Beginn der Regulierung strenger ist und beobachtet, wie sich der Konsum entwickelt. Funktioniert es gut, könnte man weitere Öffnungsschritte machen. Das ist deutlich einfacher als die umgekehrte Richtung, die wir aktuell bei Alkohol und Tabak sehen.

Die Befürchtung ist, dass eine Cannabis-Legalisierung Tür und Tor öffnen würde für die Legalisierung anderer Substanzen.

Dazu gibt es keine Studien, die das unterstützen. Cannabis wird oft als Einstiegsdroge bezeichnet. Sie ist leichter zugänglich und viele fangen mit Alkohol, Tabak oder Cannabis an. Personen, die psychisch so viele Probleme haben und diesen starken und selbstdestruktiven Rausch brauchen, die würden auch ohne Cannabis harte Drogen konsumieren. Deshalb ist Cannabis auf der Ebene von Alkohol einzuordnen. Darum sollten wir hier schauen, dass wir es besser machen, als wir das in der Vergangenheit beim Alkohol gemacht hatten.



Die Auswahl der Studienteilnehmenden besteht aus sechs Produkten. Bild: ken

Schneller mehr Grün in der Stadt

Im Kampf gegen die Sommerhitze fordern viele Grossräte eine Baumpflanz-Offensive.

Hans-Martin Jermann

Was tun gegen die Sommerhitze? Darüber wird in Basel seit längerem emotional diskutiert. Erst letzte Woche segnete der Grosse Rat ein Hitzeschutz-Paket ab, mit dem für knapp 10 Millionen Franken Sonnenschirme, Sprühnebelverdunster und Baumtöpfe angeschafft werden sollen.

Dass solche mobilen Elemente Schatten spenden und an heissen Tagen die Aufenthaltsqualität in der Stadt verbessern, wird kaum bestritten. Allerdings seien sie bloss eine Ergänzung, wurde in der Ratsdebatte vor allem von grüner Seite kritisiert. Topfpflanzen gehören auf den Balkon – in der Stadt brauche es vor allem neue Bäume im Boden.

Grossräte aller Parteien unterstützen die Idee

Nun stösst Grünen-Grossrätin und Partei-Co-Präsidentin Raffaella Hanauer mit einem neuen Vorstoss nach: Darin fordert sie von Baudirektorin Esther Keller (GLP) ein verbindliches Konzept für neue Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen. Die Motion haben insgesamt 30 Grossrätinnen und Grossräte aus sämtlichen Fraktionen unterzeichnet. Sie dürfte also bei der Abstimmung im Parlament eine Mehrheit finden. Dass in der Stadt mehr Bäume gepflanzt werden sollen, dürfte in der Basler Politik kaum jemand ablehnen. Auch Baudirektorin Keller sagte im Grosse Rat, dass Bäume im Boden «immer besser» seien als Topfpflanzen und andere mobile Elemente. Letztere Massnahmen seien aber rascher umsetzbar, so Keller. Grünen-Grossrätin Hanauer ist mit dieser Argumentation nicht einverstanden: «Wir brauchen schneller mehr Grün.»

Sie kritisiert, dass neue Bäume im öffentlichen Raum erst dann gepflanzt werden, wenn ohnehin Erhaltungsmassnahmen anstehen. Das könnte aber je nach Platz oder Strasse Jahrzehnte dauern. Dass die Erhaltungsplanung Taktgeberin für Baumpflanzungen ist, hat die Regierung auch in ihrem 2021 präsentierten Stadtklimakonzept festgehalten. Grünen-Grossrätin Hanauer kritisiert diesen Grundsatz freilich scharf.

Einzig mit dem laufenden Fernwärme-Ausbau sind zusätzliche Bäume, Entsiegelungen und Begrünungsmassnahmen im öffentlichen Raum ausserhalb der Erhaltungsplanung angedacht. Ein noch hängiger Vorstoss der grossrätlichen Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission fordert genau dies.

Hanauer hat eigentlich erwartet, dass die Regierung auf Grundlage des von ihr 2021 präsentierten Stadtklima-Konzepts eine separate Vorlage für Baumpflanzungen ausarbeitet. Fehl-anzeige. «Eine solche Vorlage ist aber nötig, sonst werden wir nicht vorwärtskommen bei der Begrünung der Stadt», ist sie überzeugt. Auf eine konkrete Anzahl neuer Baumpflanzungen hat Hanauer in ihrem Vorstoss bewusst verzichtet.

Sie fordert, dass der Kanton im Rahmen eines Screenings des öffentlichen Raums abklärt, wo die Pflanzung neuer Bäume und sonstige Begrünungsmassnahmen möglich sind. Der Vorstoss ist sehr verbindlich formuliert und verlangt überdies auch eine konkrete Umsetzungsplanung und einen Finanzierungsvorschlag. Laufen soll das Programm für die Baumpflanzungen bis 2037. Dann muss Basel-Stadt die Netto-Null-Ziele erreicht haben, also als Kanton klimaneutral unterwegs sein.

Merian-Stiftung plant 120 günstige Wohnungen

Basel An der Verzweigung Giornico- und Reinacherstrasse plant die Christoph-Merian-Stiftung (CMS) den Bau von 120 bezahlbaren Wohnungen. Diese sind unterschiedlich gross und haben zwischen 1,5 und 6,5 Zimmern. Abhängig vom Baubeginn rechnet man gemäss Mitteilung der CMS mit Bezugsfertigkeit im Laufe des Jahres 2027. Die bestehenden Liegenschaften an der Reinacherstrasse 288-298, in denen 36 Wohnungen untergebracht sind, sollen wegen veralteter Bausubstanz abgerissen werden. Diese wurden 1947/48 von der CMS mit dem Ziel gebaut, die Wohnungsnot zu lin-

dern. Die derzeitigen Mieterinnen und Mieter wurden laut CMS «frühzeitig über das Vorhaben informiert und in den Prozess einbezogen». Sie erhalten organisatorische und finanzielle Unterstützung beim Wohnungswechsel und ein Rückkehrrecht. Der Projektentwurf von Studio Trachsler Hoffmann aus Zürich mit Bernhard Zingler Landscape Projects aus St. Gallen beziehe die bestehenden Grossbäume mit ein, schaffe Begegnungsmöglichkeiten der Bewohnenden im Alltag und berücksichtige die Lärmsituation durch die Strasse sowie das Eindämmen der Hitze. (bz)